

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede Annelie Buntenbach  
Geschäftsführender Bundesvorstand  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

---

Kundgebung zum 1. Mai 2017  
Salzgitter

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

---

auch ich möchte Euch ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass Ihr da seid, dass so viele heute hier in Salzgitter und an vielen Orten in der Republik auf der Straße stehen, um für soziale Gerechtigkeit und starke Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu demonstrieren.

Dass wir das sichtbar tun und unüberhörbar, ist dringend nötig - in einem Land, wo der Reichtum einiger weniger wächst, während Kinder aus armen Familien ohne Chance bleiben, weil in Deutschland Armut und Ausgrenzung immer noch erblich sind.

Das ist und bleibt ein Skandal, das muss sich endlich ändern!

Wir haben nach wie vor trotz Mindestlohn - um den wir froh sind - den größten Niedriglohnbereich Westeuropas, hier klemmt jeder Fünfte fest.

Oben sprudeln die Gewinne, oft wie bei Apple oder Amazon in Höhe von zig Milliarden an der Steuer vorbei, unten ist am Ende des Geldes immer zu viel Monat übrig.

Die Gewerkschaften werden nicht zusehen, wie sich Reiche immer weiter aus der Verantwortung stehlen, Arbeitgeber aus Tarifverträgen flüchten.

Wir werden uns mit dieser Spaltung der Gesellschaft nicht abfinden.

Alle sollen an dieser Gesellschaft auf Augenhöhe teilhaben können - wir fordern soziale Gerechtigkeit!

Aber Achtung, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Forderung kann auf Arbeitgeberseite oder auch im Wirtschaftsflügel der CDU zu Schlaganfall oder Herzversagen führen - auf jeden Fall löst das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ sofort hektische Bemühungen aus, zu zeigen, wie wunderbar rund es bei uns am Arbeitsmarkt läuft, wie segensreich die Agenda 2010 gewirkt hat.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, soviel rosa Farbe gibt es in ganz Deutschland nicht zu kaufen, dass sie uns den Blick auf die fatale Spaltung am Arbeitsmarkt vernebeln könnte!

Trotz guter Konjunktur und trotz sinkender Arbeitslosigkeit stehen immer noch fast eine Million Langzeitarbeitslose auf der Straße.

Sie brauchen - genau wie die Geflüchteten - mehr Unterstützung auf dem Weg in den Arbeitsmarkt!

Es gibt immer noch zu viele Menschen, die arbeiten und trotzdem so wenig verdienen, dass sie kaum über die Runden kommen.

Viel zu viele hängen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen.

Gerade jungen Leuten wird der Einstieg ins Berufsleben schwer gemacht, mit prekären Jobs, wenn eine Befristung auf die andere folgt, bis man dann irgendwann am Arbeitsmarkt richtig Fuß fassen kann. Bei den unter 25jährigen ist ein Drittel befristet beschäftigt!

Für viele dieser Befristungen gibt es nicht einmal einen sachlichen Grund, das ist nichts anderes als eine endlos verlängerte Probezeit.

Deshalb ist für uns klar: Solche Befristungen gehören abgeschafft und zwar fristlos!

Befristungen, unsichere Beschäftigung, Lücken im Schutzschirm der Arbeitslosenversicherung - all das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch ein Schaden für die Demokratie.

Wer fürchten muss, wenn er sich mit dem Chef anlegt, gleich wieder auf der Straße zu stehen und dann womöglich in Hartz IV durchzurutschen, für den oder die ist die Hürde unglaublich hoch, die Zähne auseinanderzumachen, wenn es um die eigenen Interessen geht oder die der Kollegen.

Der aufrechte Gang darf nicht zur Mutprobe werden, weder im Betrieb noch in der Gesellschaft.

Deshalb brauchen wir Regeln im Arbeitsleben, die die Würde der Menschen schützen, wir brauchen starke Betriebsräte, und wir brauchen starke Gewerkschaften!

Auch deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, bin ich froh, heute hier in Salzgitter zu sein.

Salzgitter ist ja - gerade wegen seiner NS-Geschichte - zu einem Leuchtturm von Mitbestimmung und gewerkschaftlichem Engagement geworden.

Hier ist die Demontage verhindert worden, hier wird die Erinnerung an die Verbrechen des NS aktiv wachgehalten.

Die Montanmitbestimmung ist hier mit durchgesetzt worden, und hier wird sie bis heute selbstbewusst mit Leben erfüllt.

Wenn's schwierig wird, hier oder woanders im Konzern, organisiert Ihr Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen, darauf können sich alle verlassen, und das ist gut so!

Und auch Brüssel ist Euch nicht zu weit, wenn es darum geht, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, dass die Stahlproduktion, die Industrie eine Zukunft braucht.

Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle einmal ganz herzlichen Dank von Eurer Gewerkschaft und vom Deutschen Gewerkschaftsbund!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es geht um Solidarität, und es geht um Gerechtigkeit.

Dazu gehört gute Arbeit mit sozialer Absicherung und guter tariflicher Bezahlung. Und nicht zuletzt geht es um die große Frage: Was bleibt im Alter nach einem langen Arbeitsleben eigentlich übrig?

Zu wenig, wenn die Politik hier nicht endlich umsteuert!

Wir brauchen dringend einen Kurswechsel in der Rentenpolitik – dabei geht es als allererstes um eine starke gesetzliche Rente. Auf die sind

im Alter die allermeisten von uns angewiesen.

Hier müssen die Leistungen stimmen!

Wer jahrzehntlang geschuftet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss am Ende auch eine Rente bekommen, von der er oder sie in Würde leben kann.

Da darf die Rente nicht noch weiter in den Keller, sondern es muss endlich Schluss sein mit den Rentenkürzungen. Wir brauchen mehr und nicht weniger Rente!

Deshalb machen DGB und Gewerkschaften gemeinsam richtig Druck – wir wollen im nächsten Koalitionsvertrag die Stärkung der gesetzlichen Rente sehen, stabilisieren sofort, im weiteren Schritt anheben!

Wenn's nämlich so weiterläuft, heißt das für viele in Zukunft sozialen Abstieg im Alter oder sogar Altersarmut.

Eine Krankenschwester z.B. hätte heute, wenn sie nach 40 Jahren Vollzeit und Tariflohn in Rente geht, 985 Euro im Monat. Das ist schon nicht viel. Wenn das Rentenniveau so weiter sinkt, wie es jetzt im Gesetz steht, wären es in 30 Jahren nur noch 860 Euro, viel zu wenig!

Viele bekommen gar keine 40 Jahre zusammen oder sind nicht in Vollzeit beschäftigt, gerade Frauen kommen ja oft aus der Teilzeitfalle gar nicht mehr raus.

Von den Frauen in den Minijobs - eine direkte Rutschbahn in die Altersarmut - gar nicht erst zu reden.

Also: Die Politik muss umsteuern und zwar jetzt, bevor es zu spät ist, um Altersarmut zu verhindern und die Rente für die Zukunft gut aufzustellen.

Damit werden wir den Parteien im Bundestagswahlkampf gehörig auf den Pelz rücken, versprochen!

Nach 15 Jahren Riester-Rente muss man sich nüchtern der Bilanz stellen: Man kann mit Riester den Lücken nicht hinterhersparen, die in der gesetzlichen Rente gerissen worden sind. Das funktioniert nicht.

Und wer wenig verdient kann das schon gar nicht. Die Riester-Rente ist gescheitert, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn auf dem Weg, den die Reform von 2001 eingeschlagen hat, offensichtlich Sicherungslücken im Alter nicht geschlossen, sondern gerissen werden, heißt für uns die Konsequenz:

Nicht weiter auf Privatisierung der Alterssicherung setzen, sondern Kurswechsel hin zur Stärkung der gesetzlichen Rente.

Spätestens mit dem Finanzmarktcrash 2008/2009 müsste doch auch dem Letzten klar geworden sein: Das Roulette am Kapitalmarkt taugt nicht für eine verlässliche Alterssicherung!

Anrede,

Die erste Reaktion auf unsere Forderung nach einem höheren Rentenniveau lautet: Das ist nicht zu bezahlen. Darauf kann ich inzwischen Wetten abschließen.

Doch, das ist machbar und zwar so, dass es keinen überfordern wird. Aber ich gebe zu: umsonst ist das nicht zu haben. Was ist unser Vorschlag?

Einen Großteil dessen, was eine gute Rente kostet, wollen wir uns bei den Arbeitgebern wieder holen.

Wenn die Beiträge steigen - und das werden sie auf jeden Fall - sollen sie ihren Anteil zahlen, und zwar paritätisch, genauso viel wie wir.

Heute kann von Halbe-Halbe ja keine Rede mehr sein – heute zahlen wir obendrauf, nämlich das, was wir für die private Vorsorge ohne Arbeitgeberbeteiligung auf den Tisch legen müssen, also mindestens vier Prozent.

Gerecht geht anders! Warum sollte es für uns leichter sein, vier Prozent mehr aufzubringen als für die Arbeitgeber? Im Gegenteil!

Wenn die die Arbeitgeber auch vier Prozent drauflegen müssen, sind wir schon ein gutes Stück weiter auf dem Weg zu einer guten Rente!

Eine faire Teilung der Kosten brauchen wir auch für die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung - da ist der Arbeitgeberbeitrag seit Jahren eingefroren.

Arbeitnehmer zahlen im Durchschnitt im Moment über ein Prozent mehr.

Und das ist noch nicht das Ende - Tendenz heftig steigend.

Die ganzen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sollen über die Zusatzbeiträge ganz allein auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgeladen werden.

Was für eine ausgemachte Schweinerei, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Damit muss endlich Schluss sein, die Arbeitgeber müssen ihren Anteil bezahlen, bei der Rente genau wie bei der Krankenversicherung - und das ist die Hälfte und kein Cent weniger!

Die Rente wird umso besser dastehen, wenn die Politik heute die Weichen für die Zukunft richtig stellt.

Da hilft alles, was prekäre Beschäftigung eindämmt, z.B. eine Reform, die Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandelt.

Und was hilft, ist der Ausbau der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle reingehören!

Eins verstehe ich überhaupt nicht:

Alle reden von den großen Herausforderungen, vor denen wir angesichts der Alterung der Gesellschaft stehen.

Und gleichzeitig werden munter weiter die Rücklagen der Rentenversicherung verpulvert.

Jedes Jahr wird für die fast 7 Mrd. Euro, die die sog. Mütterrente kostet, in die Beitragskasse gegriffen.

Dabei ist das eindeutig eine gesamtgesellschaftliche Leistung, das muss aus Steuermitteln bezahlt werden - wir zahlen ja auch nicht das Kindergeld aus der Beitragskasse!

Die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler haben dem Finanzminister schon viel zu lange seine Schwarze Null subventioniert, Schluss damit!

Ein Kurswechsel in der Rentenpolitik geht übrigens entgegen anderslautender Gerüchte keineswegs zulasten der jungen Generation, im Gegenteil!

Die, die 2050 in Rente gehen, sind heute 30. Wenn wir jetzt nichts tun, sind sie diejenigen, die später in die Röhre gucken. Denn bis dahin wäre das Rentenniveau noch viel tiefer im Keller, bis unter 42 Prozent. Und trotzdem würden die Beiträge steigen.

Fein raus wären dabei allein die privaten Versicherer, schließlich sollen die jungen Leute ja noch privat aus eigener Tasche vorsorgen und kräftig draufzahlen - über den Kapitalmarkt mit all seinen Risiken. Den Reibach machen dabei nur die Maschmeyers und wie sie alle heißen.

Dabei ist die gesetzliche Rentenversicherung – entgegen aller Unkenrufe– aufgrund ihrer konkurrenzlos besseren Rendite mit Abstand der bessere Deal im Vergleich zu jeder privaten Versicherung.

Jetzt was für die gesetzliche Rente zu tun, das ist generationengerecht - und nicht das Renteneintrittsalter bis zum Sargdeckel anzuheben, auf 69, 70 oder wohin auch immer.

Was die selbsternannten Kreuzritter der jungen Generation wie Spahn, Schäuble oder die Wirtschaftsweisen den Jungen hier zumuten wollen, heißt:

Sie sollen mehr einzahlen für weniger Rente, die sie dann noch später bekommen. Von meinem Verständnis von Generationengerechtigkeit ist das meilenweit entfernt!

Das würde die Altersarmut weiter vergrößern. Schon heute schaffen es viele nicht gesund und in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bis zum 65. oder 67. Lebensjahr zu arbeiten.

Sie müssen vorher raus, mit hohen Abschlägen. Und wenn sie abstürzen in die größer werdende Kluft zwischen dem Ende der Arbeit und dem Anfang der Rente, wird auf den letzten Metern ihre gesamte Lebensleistung entwertet.

Dabei geht es nicht nur um den vielerwähnten Dachdecker, sondern auch um die Altenpflegerin, den Schichtarbeiter, den Busfahrer. Da hilft die Rente ab 63 einigen, aber bei weitem nicht allen - wir brauchen dringend mehr Wege für den abgesicherten Übergang. Und: Wir erwarten, dass die Parteien in ihren Wahlprogrammen die Anhebung des Renteneintrittsalters ganz klar ausschließen!

Für das, was wir als Gewerkschaften konkret in den Sozialversicherungen erreichen können, ist das hier ganz wichtig (roter Umschlag)!

Wenn Ihr zu Hause so einen roten Umschlag liegen habt, auf keinen Fall in den Papierkorb, sondern ab in den Briefkasten damit! Natürlich mit den ausgefüllten Unterlagen für die Sozialwahl drin und dem Kreuz bei Deiner Gewerkschaftsliste.

Damit bestimmt Ihr, wer in den nächsten Jahren Eure Interessen als Versicherte in der Selbstverwaltung bei der Rente und bei der Krankenkasse wahrnimmt, wer als Versichertenberater für Euch da ist und im Zweifelsfall auch im Widerspruchsausschuss.

Also wichtig: Briefkasten! Und weitersagen!

Anrede,

Gewerkschaften organisieren Solidarität - in der Gesellschaft, im Betrieb. Die größte Kraft entfalten wir dann, wenn es uns gelingt, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammenschließen.

— Und wenn wir verhindern können, dass sie gegeneinander ausgespielt werden, Jung gegen Alt, Einheimische gegen Zugewanderte oder Geflüchtete, Leiharbeiter gegen Stammbeschäftigte. Wir sind viele, wir sind eins.

— Hier leisten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter jeden Tag nicht nur im Betrieb Großartiges. Das ist umso anspruchsvoller, je angespannter die wirtschaftliche Lage ist. Da stehen die Zeichen bei Stahl und Automobilindustrie keineswegs so gut, wie wir uns das wünschen. Und Solidarität zu organisieren ist umso anspruchsvoller, je gespaltener die Belegschaft und die Gesellschaft ist.

Es gibt Arbeitgeber, die Spaltung systematisch nutzen, wenn z.B. Werkverträge missbraucht werden, um Betriebe regelrecht zu zerlegen: Dabei lassen sie die Tarifbindung auf der Strecke, drängen Gewerkschaften und Betriebsräte raus und drücken systematisch die Löhne.

Beim Missbrauch von Werkverträgen hat sich die große Koalition dieses Mal von Arbeitgebern und CDU-Wirtschaftsflügel den Schneid abkaufen lassen, das heißt also Wiedervorlage: Solchem Schindluder muss der Gesetzgeber endlich einen Riegel vorschieben!

Die großen privaten Klinikbetreiber Asklepios, Helios und wie sie alle heißen, holen inzwischen aus Werkverträgen noch den letzten Winkelzug raus.

Inzwischen ist aus einem Krankenhausbetrieb eine unübersichtliche Menge von konzerneigenen Kleinstbetrieben gemacht worden: für die Rezeption, den Bettentransport, die Essensanlieferung, das Tablett abräumen, die Geriatrie-Station, die Physiotherapie, die Reinigung usw.

Da bleibt nicht nur die tarifliche Bezahlung auf der Strecke - bei Helios bekommen die Kollegen in der Tochter- oder Enkelgesellschaft bis zu 40 Prozent weniger! - sondern auch Betriebsrat und Mitbestimmung. Mit dem Betriebsrat des Krankenhauses, zu dem die ausgegründete Servicegesellschaft früher gehört hat, darf man nicht mal mehr sprechen.

Anrede,

So die Gewinne zu steigern ist unverantwortliche Geschäftemacherei auf den Knochen der Beschäftigten und der Patienten - bei der Gesundheit darf es nicht um den höchsten Profit gehen, sondern um gute Leistungen für alle!

Ähnliche Praktiken erleben wir inzwischen in der Logistik, Postdienstleistung, an den Flughäfen.

Bekannter sind die Schweinereien aus der Fleischindustrie - da werden systematisch Kollegen z.B. aus Rumänien oder Bulgarien zu Hause angeworben, bezahlen viel Geld an sog. "Vermittler". Dann schufteten sie hier zu miserabelsten Löhnen mit ewig langen Arbeitszeiten, werden in überbezahlten und abgelegenen Unterkünften untergebracht.

Sie sprechen kaum Deutsch und kennen ihre Rechte hier nicht, da geht es vielen Geflüchteten, die jetzt Arbeit suchen, nicht besser – und dann haben sie kaum Chancen, sich zu wehren, oft nicht einmal an ihr Geld zu kommen.

Die DGB-Beratungsstellen von Faire Mobilität, von Arbeit und Leben in Niedersachsen, können wenigstens einigen dann doch noch zu ihrem Recht verhelfen. Das ist gut so. Aber das ist natürlich kein Ersatz für die neue Ordnung am Arbeitsmarkt in Deutschland und in Europa, die ist überfällig!

In diese Europa steht die Dienstleistungsfreiheit von Unternehmen über allem – aber zu einem sozialen Europa gehört, dass Arbeitnehmerrechte mindestens genauso viel wert sind!

Und wenn bei Fremdvergaben spätestens in der 5. oder 6. Stufe in der Kette von Subunternehmen - mit Sitz in Slowenien, Rumänien, Bulgarien oder wo auch immer – Kollegen um ihren Lohn betrogen werden, nenne ich das nicht Dienstleistungsfreiheit, sondern eine Sauerei. Und damit muss Schluss sein!

Wir brauchen keine neuen Mauern oder geschlossene Grenzen und Zölle wie im Kaiserreich. Der Weg von Trump, Le Pen und anderen führt komplett in die Irre. Aber was wir brauchen, das sind faire Regeln statt organisiertes Lohn- und Sozialdumping.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort - das sollte in einem sozialen Europa eine Selbstverständlichkeit sein. Hier muss die Europäische Union endlich umlernen, und zwar schnell, sonst verspielt sie ihre letzte Chance!

Anrede,

Gewerkschaften organisieren Solidarität, die Spaltung organisieren andere. Die AfD hackt nach Kräften auf den Flüchtlingen herum, auf dem Islam und auf allem, was sie „rot-grün versifft“ findet an dieser Republik.

Sie ist sich nicht zu schade, Terroranschläge für sich aufs ekelhafteste zu instrumentalisieren, nach dem Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin hieß es sofort: Merkels Tote. Bernd Höcke ist übrigens nicht der einzige extreme Rechte in dem Laden, diese Partei ist ein Sammelbecken für Nazis und Rassisten. Jetzt haben sie die eine Petry ersetzt durch einen anderen altbekannten Miesepetry mit einer Hardcore-Neoliberalen im Schlepptau.

Für uns Gewerkschaften heißt es hier: mit klarer Kante gegenhalten. Und gerade im Jahr der Bundestagswahl sage ich laut und deutlich: Die AfD ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht wählbar.

Sozial ist an dieser Partei gar nichts. Seit sie die sogenannten kleinen Leute als Zielgruppe ausgemacht hat, versucht sie zwar bei diesem Publikum mit einigen wohlklingenden Allgemeinplätzen zu punkten. Sobald es aber konkret zur Sache

geht, taucht sie weg, weil sie dann befürchtet, es sich mit ihren neoliberalen Unterstützern zu verscherzen - und dass die vielen Widersprüche auffallen.

Ein Beispiel: in ihrem Grundsatzprogramm wollen sie die Arbeitslosenversicherung abschaffen, im Bundestagswahlprogramm finden sie die Hartz-Reformen im Grundsatz ok, und auf Kundgebungen geißeln ihre Spitzenfunktionäre Hartz IV mit starken Worten. Also was jetzt?

Allerdings würde für Arbeitnehmer bei der AfD am Ende eh kein Geld übrig bleiben: Sie wollen eine Steuer- und Abgabenbremse, keine Erbschaftssteuer, keine Vermögenssteuer - und auf jeden Fall den Reichen noch mehr Geld hinterherwerfen. Der AfD geht es nur um Wählerfang, und da tun sie das, was sie den alten Parteien immer vorwerfen: Sie versprechen das Blaue vom Himmel. Was bei ihnen bleibt, ist nur das braune unterm Nagel.

Ihr Familienbild ist dermaßen reaktionär, das ist ein Rückfall in die Adenauer-Ära oder eher noch die Zeit davor. Für Frauen heißt das: Kinder, Küche, wenn auch ohne Kirche.

Das Gegenteil von dem, was wir wollen: endlich gleiches Geld für gleichwertige Arbeit, einen eigenständigen Zugang von Frauen zu sozialer Absicherung und nicht weniger, sondern mehr Entscheidungsmöglichkeiten über den eigenen Lebensentwurf. Ob Kinder oder keine, wie Familie und berufliche Entwicklung besser miteinander besser vereinbart werden können – das heißt auch mehr Souveränität bei der Arbeitszeit.

Heute bleiben viele Frauen im Minijob oder in der Teilzeitfalle stecken. Wenn ich das Gejammer der Arbeitgeber über fehlende Fachkräfte höre, mit der sie immer gegen die Rente ab 63 polemisieren – als hätten sie bislang so viel Wert auf über 60jährige im Betrieb gelegt! – dann frage ich mich, warum sie eigentlich nicht mit uns zusammen für ein Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit, für einen Aufstockungsanspruch kämpfen. Wenn sie das Gesetz, das noch in der Pipeline ist, nicht blockieren würden, könnte man damit richtig viel zusätzliche qualifizierte Arbeitszeit mobilisieren!

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen mehr Möglichkeiten, über Dauer und Lage ihrer Arbeitszeit zu entscheiden – das ist eins der Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung der IG Metall. Was sie nicht wollen, ist noch mehr Druck und Hetze, die hat eh in den letzten Jahren schon viel zu sehr zugenommen.

Also: Hände weg vom Arbeitszeitgesetz, von den täglichen Höchstarbeits- und Ruhezeiten. Die Arbeit muss – digital oder analog - so organisiert werden, dass die Ziele ständig erreichbar sind und nicht die Beschäftigten!

Anrede,

Ich freue mich, heute hier bei Euch in Salzgitter zu sein – da gibt es eigentlich nur eins, was mich stört, und das ist der Schacht dahinten. Ich wünsche Euch allen Erfolg bei Eurem Kampf gegen die Einlagerung von Atommüll im Schacht Konrad!

Da gibt es, wie Ihr wisst, auch in den Gewerkschaften unterschiedliche Positionen, meine ist da klar: Es gibt viele gute Gründe, sich dagegen zur Wehr zu setzen, dass eine so dicht besiedelte Industrieregion zum Atommüll-Endlagerplatz gemacht werden soll. Und ich finde es klasse, wie lange ihr das mit immer neuen Ideen durchhaltet, ein so breites Bündnis zusammenzuhalten. Und bei der nächsten Trecker-Patenschaft bin ich wieder dabei, versprochen!

Anrede,

lasst uns dafür sorgen, dass im Bundestagswahlkampf die richtigen Themen diskutiert werden: soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Arbeitnehmerrechte, Solidarität. Hierzu müssen wir die Parteien in die Pflicht nehmen, da werden wir uns als DGB und Gewerkschaften mit allem Nachdruck einmischen, mit Euch gemeinsam! Dabei wünsche ich uns viel Erfolg!